

## Chruschtschow enttäuschte UNO

### Westen vermißt Angaben über Kontrolle — Möglichkeiten für Verhandlungen

London (ap/dpa/upi). Der neue sowjetische Plan einer „totalen Abrüstung“ ist im Westen mit Enttäuschung und kühler Skepsis aufgenommen worden. Nur vereinzelt wurden optimistische Stimmen laut. Übereinstimmend kommt in ersten Stellungnahmen zum Ausdruck, daß die Angaben über die Kontrolle, das Kernproblem der ganzen Abrüstung, zu ungenau sind. Westliche Diplomaten bei den Vereinten Nationen sind davon überzeugt, daß man den sowjetischen Plan zwar genau prüfen werde, daß er im Endeffekt für die Westmächte aber unannehmbar sei. Die gelenkte Presse und der Rundfunk in den Ländern des kommunistischen Blocks sprechen dagegen, wie erwartet, von einem „epochemachenden“ Vorschlag.

Diplomaten in New York bedachten Chruschtschows Plan mit dem sarkastischen Prädikat „zweites Paradies“. Es sei ein „neuer Mantel für alte Ideen“, wobei nur die Vierjahresfrist wirklich neu sei. Zum Problem der Kontrolle wiesen sie darauf hin, daß Chruschtschow mit Nachdruck die Einstimmigkeit als notwendig bezeichnete, und warfen die Frage auf, ob diese Einstimmigkeit auch für Beschlüsse des vorgeschlagenen Kontrollorgans gelten soll.

#### USA: Erst Kontrolle

Der amerikanische Außenminister Herter sprach die Ansicht aus, daß Chruschtschows Rede eine Wiederholung früherer sowjetischer Vorschläge zu sein scheine. „Allgemein gesprochen, glaube ich sagen zu können, daß die USA in Richtung auf eine kontrollierte Abrüstung ebensoweit gehen werden wie jedes andere Land.“ Präsident Eisenhower hat sich bisher nicht geäußert.

#### London: Weiterarbeiten

Der britische Außenminister Lloyd hob bei seiner Rückkehr nach London ebenfalls hervor, daß es bei einer weltweiten Abrüstung vor allem auf die Kontrolle ankomme. Der Plan Chruschtschows und sein eigener Abrüstungsvorschlag enthielten jedoch ähnliche Elemente. Es sei nun notwendig, an beiden Plänen zu arbeiten und festzu-

stellen, ob man aus ihnen etwas machen könne.

#### Paris: Skepsis

Paris, das mit einer amtlichen Stellungnahme bis zur sorgfältigen Lektüre zurückhält, gab sich skeptisch hinsichtlich der Wirksamkeit der Vorschläge in der Praxis.

#### Bonn: Kein Kommentar

Ein Regierungssprecher in Bonn teilte mit, daß die Bun-

desregierung keine offizielle Erklärung zu dem Plan abgeben werde. Er unterstrich jedoch, daß die Bundesrepublik jeden ernst zu nehmenden Vorschlag für ein Abrüstungsabkommen begrüße und jederzeit bereit sei, einem Abrüstungsabkommen der Großmächte beizutreten.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, vertrat die Ansicht, die Vorschläge gingen zu weit. Eine Abrüstung sei nur vorstellbar, wenn sie mit einer wirksamen gegenseitigen Kontrolle verbunden sei. In bezug auf Berlin und andere ungelöste politische Fragen warnte Lemmer vor Scheinlösungen, die nur zu neuem Unglück führen würden. Die freie Welt dürfe nicht aufhören, das Gleichgewicht der Kräfte mit dem kommunistischen Block zu halten.

## Drohung mit vorzeitiger Abreise

Der Besuch Ministerpräsident Chruschtschows in den USA scheint einer Krise zuzusteuern. Zweimal drohte der sowjetische Regierungschef bereits damit, abzureisen, wenn er weiter „angegriffen“ werde. Zum erstenmal seit der Ankunft Chruschtschows in den USA gab am Montag auch der sowjetische Nachrichtendienst zu, daß der Kremlchef bei der amerikanischen Bevölkerung auf kühle Zurückhaltung stößt. Am Sonntagabend sah sich Chruschtschow in San Franzisko dem Trommelfeuer unerbittlicher Fragen amerikanischer Gewerkschaftsführer gegenüber, am Montag griff der mächtige Gewerkschaftsverband AFL-CIO Chruschtschow scharf an und warf ihm vor, mit seinen aggressiven Ansprüchen noch weiter zu gehen als Stalin.

Ein Lichtblick für Chruschtschow war der unerwartet freundliche Empfang, den ihm die Bevölkerung von San Franzisko bereitere. Angesichts dieser Entwicklung ermahnte das Weiße Haus am Montag erneut alle Amerikaner, zu dem sowjetischen Ministerpräsidenten höflich zu sein.

Nur einen Tag nach dem Streitgespräch mit Chru-

schtschow nahm der AFL-CIO-Gewerkschaftskongreß eine Resolution an, in der die sowjetischen Berlin-Vorschläge als Versuch verurteilt werden, die Stadt und in der Folgezeit ganz Deutschland dem sowjetischen Machtbereich einzuverleiben. Diese düstere Entwicklung könne weder durch diplomatische Nettigkeiten noch durch

Fortsetzung auf S. 7

## Chruschtschows große Offensive

D. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow besuchte auch das Grab Franklin Delano Roosevelts. Dieser Gang zum Friedhof war von symbolischer Bedeutung. Dort ruht das Amerika, das er auf seiner Reise sucht und das er bis jetzt nicht gefunden hat. Wenige Stunden vor dem Gang zum Friedhof hatte der Erbe Stalins den amerikanischen Präsidenten in Washington zu einem „New Deal“ der Welt aufgefordert. Und wenige Stunden danach unterbreitete er der UNO einen Plan, der aller Welt dieses „New Deal“ annehmbar und unumgänglich zugleich erscheinen lassen soll. Seine Rede wurde in 30 Sprachen verbreitet. Und dreißigfach soll nach Chruschtschows Wunsch auf die Vereinigten Staaten das Echo zurückfallen, daß es nun an der Zeit sei, die Waffen abzulegen, den großen Frieden zu schließen und — als rechtens anzuerkennen, was als Tatsache schon lange nicht mehr zu leugnen ist: die kommunistische Weltgrenze, die Spaltung Deutschlands und die Bindung Osteuropas an die Führungsmacht des sozialistischen Lagers. Dieses Echo ist aus einem Teil der Welt tatsächlich zu erwarten. Aus der kommunistischen Welt natürlich, aber auch aus einem gewichtigen Teil der neutralen.

Chruschtschow hat uns bereits in den ersten Tagen seines USA-Besuchs deutlich gemacht, daß er das politische Erbe Roosevelts, die Teilung in Einflußsphären, aktivieren und vollenden will. Der direkte Kontakt mit den Vereinigten Staaten soll es wieder beleben, der Druck der von einem geradezu eschatologischen Abrüstungsangebot faszinierten Weltöffentlichkeit soll es durchsetzen. Dies drückte Chruschtschows Gang zum Grab Roosevelts symbolhaft aus. Doch erscheint uns demgegenüber ein anderes Symbol mächtiger: das Schweigen der Amerikaner an Chruschtschows Wegen. Der Jubel, der den amerikanischen Präsidenten überall in Europa begleitete,

war eindrucksvoll. Der kalte Hauch, der Chruschtschow in Amerika entgegenweht, beeindruckt uns aber noch mehr. Hier ist die Wirklichkeit, nicht am Grabe Roosevelts. Die Geschlossenheit des Westens, die aus dem einen, und die bittere Erfahrung mit dem Kommunismus, die aus dem anderen Bilde spricht, das sind die Faktoren, mit denen Chruschtschow rechnen muß. Die Friedensliebe der freien Nationen steht außer Zweifel, auch ihr Wille zur Abrüstung. Sie lassen sich aber nicht korrumpieren durch einen leninistischen Mehrzweckfrieden, den der sowjetische Herrscher abzuschließen trachtet.

\*

In der gegenwärtigen Etappe des Besuchs spricht noch alles dafür, daß Chruschtschow dies wirklich glaubt. In dem sowjetischen Führer verbindet sich ein ungewöhnlich starkes Selbstbewußtsein mit einem zwar groben, aber doch oft erfolgreichen Charme. Er ist sich bewußt, daß es ihm persönlich gelungen ist, den Ring der Isolation, der die Sowjetunion seit den Tagen ihrer Gründung trotz großer weltpolitischer Erfolge bis gestern umgab, heute an einer entscheidenden Stelle zu sprengen. Als Held der Mondfahrt und des Friedens, als Herrscher über einen Teil der Welt und Oberhaupt einer an Zahl und Bildungsgraden beachtlichen Sippe reist Chruschtschow durch die Vereinigten Staaten. Jedes Wort, das er dort spricht, gilt in seinem Land als eine Art Evangelium, und jeder Widerspruch, der ihm im Gastland Amerika begegnet, erregt seinen Zorn. Als Chruschtschow gefragt wurde, ob er seine Ansichten über die USA geändert habe, antwortete er mit einem kurzen Njet. In keiner einzigen der großen politischen Fragen, sei es Deutschland, Berlin oder Laos, ist er auch nur um einen Millimeter von seiner bisherigen Haltung abgewichen. Überall, sei es im Kreis von Senatoren, Journalisten oder Industriellen, zeigte er sich unnachgiebig, wenn seinen Plänen und Gedanken andere Pläne und Gedanken entgegengehalten wurden. Kann ein solcher Mann eines Besseren belehrt werden? Will er überhaupt sehen und lernen?

Auf diese Fragen wird Präsident Eisenhower eine Antwort finden müssen, bevor er mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten in der Stille von Camp David zusammentrifft. Die Gespräche dort im engsten Kreise sind die entscheidenden des Chruschtschow-Besuches. Alles, was bis jetzt gesagt wurde, auch der große Auftritt des Sowjetführers vor der UNO, zielt auf diese Stunde ab, war nur Präludium. Die Abrüstung wird zwar im Mittelpunkt stehen, aber die Berlin- und Deutschland-Frage werden dem Range nach ihr entsprechen. Chruschtschow hat zur größten Offensive angesetzt, die jemals von der Sowjetunion vorgetragen wurde. Das stellt Eisenhower vor die schwerste Aufgabe seiner Präsidentschaftszeit; denn obgleich offiziell nicht verhandelt wird, trägt der amerikanische Präsident in diesen Stunden doch die Verantwortung für die ganze freie Welt.

\*

Die Utopie einer Totalabrüstung wird wie alle Utopien unrealisierbar bleiben. Und wir sind sicher, daß Chruschtschow nur deshalb so hoch gezielt hat, um das Ziel der mitteleuropäischen Regionalabrüstung um so genauer und wirkungsvoller zu treffen. Die Auseinandersetzung Dr. Adenauers mit dem Wahlprogramm der britischen Konservativen zeigt, daß der Punktbeschuß Moskaus hier nicht ganz ohne Wirkung geblieben ist. Mag diese Auseinandersetzung in der Form auch bedauerlich sein, in der Sache war sie begründet und berechtigt. Wir wissen, daß der realistische Teil der Chruschtschow-Rede vor der UNO, der Vorschlag, zunächst einmal die europäischen Waffenarsenale auszuräumen, militärisch die Entmachtung Westeuropas und politisch die endgültige Teilung der Welt, zunächst einmal in Europa, anstrebt. Er ist deshalb unannehmbar. Chruschtschow muß erfahren, daß die westliche Welt heute nicht mehr die alte, kompromißhungrige und leichtgläubige Welt der Chamberlains und Roosevelts ist.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2

# Deutsche A-Bombe — Phantasieprodukt

Mr. Carter inspizierte vergebens — Aber wie kommt es zu den Gerüchten?

**DT.** Die Bundesrepublik hat auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet. Dennoch wird gerade diesem Staat immer wieder der Vorwurf gemacht, er bemühe sich, Atommacht zu werden. In den letzten Wochen war es der Militär-Berichtserstatter des „Daily Herald“, Gilbert Carter, der in einer Reihe von Artikeln die Behauptung aufstellt, daß die Bundesrepublik das Verbot der Atomwaffen-Produktion heimlich umgehe. Auch nach seinem Besuch in Bonn blieb er bei dieser Darstellung. Wie kommt es zu derartigen Gerüchten? Unser Korrespondent in Bonn versucht darauf eine Antwort zu geben.

Carter wirft der Bundesrepublik vor, sie beteilige sich finanziell und personell an der Herstellung der französischen Atom-bombe. Angeblich liefert die Bundesrepublik das Geld und die Wissenschaftler, Frankreich die Rohstoffe und das weite Experimentierfeld der Sahara, damit beide Staaten gemeinsam in den Kreis der Atom-mächte aufrücken. Die Hartnäckigkeit, mit der diese unwahre Geschichte trotz aller offiziellen Dementis am Leben blieb, beruht auf zwei Tatsachen. Die erste ist die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Zwar beschäftigt sich diese Gemeinschaft nach dem ihr zugrunde liegenden Vertrag nur mit der friedlichen (wirtschaftlichen und wissenschaftlichen) Ausnutzung der Kernenergie. Aber von jeher ist der Verdacht geäußert worden, die Ergebnisse ihrer Arbeit kämen direkt oder indirekt auch der französischen militärischen Forschung zugute. Das Gegenteil ist schwer nachzuweisen. Immerhin ist durch die Offenlegung des Budgets der Gemeinschaft sichergestellt, daß nicht etwa insgeheim Handlangerdienste für den Bau der französischen Atomwaffe geleistet werden. Erst recht gibt es natürlich im Bonner Bundeshaushalt keinen Millionen-Ansatz für diesen Zweck. Es bleibt also nur die Möglichkeit, daß wissenschaftliche Ergebnisse, die im Rahmen der EURATOM-Tätigkeit erarbeitet werden, von den Franzosen zu militärischen Zwecken verwendet werden; diese Möglichkeit läßt sich nicht ausschließen, da die Resultate allen Mitgliedsstaaten in gleicher Weise zur Verfügung stehen.

## Warum schweigt Bonn?

Die zweite Tatsache, die den Gerüchten immer wieder Nahrung gibt, ist das deutsche Schweigen hinsichtlich der französischen Bemühungen um die Herstellung eigener Atomwaffen. Man schließt daraus, daß die Bundesregierung den französischen Plänen zumindest eine starke Sympathie entgegenbringe, wenn sie nicht gar selbst daran interessiert sei. Diese Vermutungen sind unrichtig. Es ist ein politischer Freundschaftsdienst gegenüber Frankreich, daß die Bundesregierung sich zu dieser Frage nicht äußert. Tatsächlich hält sie aber das Streben Frankreichs nach eigenen Atomwaffen aus zwei Gründen für fragwürdig: Erstens teilt sie nicht die französische Ansicht, daß das Ansehen eines Staates heute nur vom Besitz atomarer Waffen abhängt; zweitens glaubt sie, daß Staaten von der Größe und Stärke Großbritanniens und Frankreichs, selbst wenn ihnen die Herstellung eigener Atomwaffen gelingt, auf die Dauer aus finanziellen Gründen im Atomwettlauf der beiden Weltmächte nicht mithalten können. Es erscheint Bonn daher vernünftiger, innerhalb des westlichen Lagers die Produktion von Kernwaffen den Vereinigten Staaten zu überlassen und die Waffen von dort zu beziehen.

## Freie Wissenschaft

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, ob die Bundesrepublik nicht einen wissenschaftlichen Beitrag zur militärischen Atomforschung des Westens leisten kann. Im Ostblock ist es eine Selbstverständlichkeit, daß alle verfügbaren Kräfte zusammengefaßt werden, um das Rüstungsprogramm zu fördern. Im

Westen ist das nicht der Fall, wenigstens nicht bei der Atomforschung. Wenn sich der Rüstungswettlauf nicht längst von den atomaren Waffen auf die Träger dieser Waffen, die Raketen, verlagert hätte, bei deren Fertigung die Fachleute des Westens, auch unter Beteiligung gebürtiger Deutscher, seit Jahren aufs engste zusammenarbeiten, wären vielleicht deutsche Atomforscher schon aufgefordert worden, ihr Wissen und Können in den Dienst der Rüstung des Westens zu stellen.

Nur hätte eine solche Aufforderung nicht von der Bundesregierung ausgehen können. Gilbert Carters Vorstellung, Bonn habe deutsche Atomforscher nach Frankreich geschickt, ver-rät eine merkwürdige Auffassung von der Freiheit der Wissenschaftler. Sollte es in Frankreich deutsche Atomforscher geben, so wären sie von dort aus angeworben worden. Namen sind jedoch auch Carter nicht bekannt. In der Tat darf man annehmen, daß deutsche Wissenschaftler eher nach Amerika als nach Frankreich gingen, wenn sie mit der Atomwaffen-Produktion zu tun haben wollten.

Ob deutsche Staatsbürger heute in den USA, in Großbritannien oder Frankreich an der militärischen Atomforschung beteiligt sind, weiß man nicht. Sollte es der Fall sein, so könnte die Bundesregierung ihnen diese Tätigkeit keineswegs verbieten. Selbst in der neutralen Schweiz gibt es nach der Verfassung keine Möglichkeit, einen Bürger daran zu hindern, sich einem fremden Staat zur militärischen Forschung zur Verfügung zu stellen.

## Der Marienburg-Brand

Warschau (dpa). Eine schadhafte Lichtleitung verursachte den Brand auf der Marienburg im polnisch verwalteten Westpreußen in der Nacht zum 7. September. Das ist das Ergebnis der Untersuchungen einer von der Staatsanwaltschaft Danzig eingesetzten Kommission. In einem amtlichen Kommuniqué heißt es, eine Brandstiftung sei ausgeschlossen.

# „Was taten Sie, als Stalin mordete?“

US-Journalisten stellten Chruschtschow scharfe Fragen auf der Pressekonferenz

Washington (dpa/upi)

Der sowjetische Ministerpräsident mußte vor dem amerikanischen Presseklub in Washington wahrscheinlich zum erstenmal in seiner Laufbahn als Politiker unvorbereitet auf die pointierten Fragen amerikanischer Journalisten antworten. Die Presseleute scheuten sich auch nicht, entsprechend den journalistischen Gepflogenheiten ihres Landes, den Gast in die Enge zu treiben. Schon die erste Frage, die der Präsident des Klubs, Lawrence, stellte, erregte den Ärger Chruschtschows.

Die Frage lautete: „Was haben Sie getan, als Stalin mordete?“

Chruschtschow lehnte eine Beantwortung ab, weil die Frage eine „Provokation“ sei. Unvermittelt stellte er dann aber fest: „Ihr, die ihr alle möglichen Arten seltsamer Geschichten zusammenbraut, ihr setzt auch gern solche Schwindeleien in die Welt... Aber ich fürchte, ihr werdet das noch bedauern. Ich nehme diese Provokation nicht an, und ich werde mich nicht durch unfreundliche Akte von Vertretern der amerikanischen Presse abschrecken lassen. Die Lüge kann niemals die Wahrheit übertreffen.“

Ungehalten war Chruschtschow auch über die Frage: „Wie rechtfertigen Sie die sowjetische Einmischung in Ungarn?“

Antwort: „Die Ungarn-Frage steckt in den Kehlen einiger Leute wie eine tote Ratte. Falls der Wunsch besteht, daß unsere Diskussion eine derartige Wendung nimmt, so können wir unsererseits eine ziemliche Reihe ähnlicher Fragen vorbringen.“

Zugänglicher zeigte sich Chruschtschow bei Fragen über die sowjetische Mondrakete.

Frage: „War es Zufall oder Absicht, daß die Mondrakete zwei Tage vor Ihrem Abflug den Mond erreichte?“

Antwort: „Es war ein freundlicher Zufall.“ Zu eventuellen sowjetischen Besitzansprüchen auf den Mond sagte er: „Ich möchte niemanden verletzen, aber diese Frage entspringt kapitalistischem Denken. Ich gehöre einem sozialistischen Land an, wo wir den Begriff ‚mein‘ längst durch ‚unser‘ ersetzt haben. Für uns ist das nicht der Erfolg eines

Landes, sondern der ganzen Menschheit.“

Frage: „Wann wird die Sowjetunion einen Menschen zum Mond entsenden?“

Antwort: „Die Sowjetunion wertet Menschenleben zu hoch und wird daher erst dann einen Menschen zum Mond entsenden, wenn die technischen Voraussetzungen dazu vorhanden sind. Dies ist gegenwärtig noch nicht der Fall.“

Frage: „Wie ist die Stellung der Juden in der Sowjetunion? Haben die jüdischen Staatsbürger die gleichen Möglichkeiten wie alle anderen?“

Antwort: „In der Sowjetunion gibt es keine Rassen-diskriminierung. Die Stellung der Juden in der Sowjetunion wird dadurch gekennzeichnet, daß jüdische Wissenschaftler in der vergangenen Woche beim Start der Mondrakete den ‚Ehrenplatz‘ innehatten. In der Sowjetunion existiert die Religionsfrage nicht.“

Frage: „Haben Sie einmal gesagt, die Sowjetunion werde die USA ‚begraben‘?“

Antwort: „Ja, das habe ich gesagt, aber die Bedeutung dieser Erklärung ist entstellt worden. Es geht nicht darum, jemanden physisch zu begraben, sondern es geht um die historische Entwicklung der Gesellschaft. Der Kapitalismus hat den Feudalismus ersetzt, weil er fortschrittlicher gewesen ist. Der Kapitalismus entwickelt jetzt aber Widersprüche und wird vom Kommunismus ersetzt werden. Der Kapitalismus wird begraben werden und sich zum Kommunismus wandeln.“

Abschließend sagte Chruschtschow: „Viele von Ihnen mögen nicht mit mir übereinstimmen, aber ich stimme auch mit Ihnen nicht überein. Lassen

Sie uns jeder unter dem System leben, dem wir den Vorzug geben — Sie unter dem Kapitalismus, wir unter dem Kommunismus. Wenn der Kapitalismus besser ist, dann wird er gewiß den Sieg davontragen. Aber wir glauben, daß die kurze Geschichte des Bestehens unserer Staaten nicht zu Ihren Gunsten spricht.“

Als er den Presseklub verließ, sagte Chruschtschow zum Vorsitzenden Lawrence: „Ich hoffe, ich habe niemand beleidigt, ich hoffe, ich habe Sie nicht beleidigt. Das wollte ich gewiß nicht.“

Lawrence versicherte, daß er sich nicht beleidigt fühle, und sagte: „Ein offenes Wort beleidigt niemanden.“ Worauf Chruschtschow antwortete: „Ein offenes Wort ist der Weg zum Frieden.“

Nach 45 Minuten brach Chruschtschow die Fragezeit abrupt ab.

## Sowjet-Botschaft verbietet Schau-Operation

München (ap). Der sowjetische Arzt Wladimir Petrowitsch Demichow, der durch das Verpflanzen eines Hundekopfes auf einen anderen Hund bekannt wurde, wollte zum Abschluß des Chirurgen-Kongresses in München im Krankenhaus „Rechts der Isar“ in München in einer Demonstrationsoperation zwei Hunde an ein Herz anschließen. Kurz zuvor jedoch erhielt die Kongreßleitung die Nachricht, daß die sowjetische Botschaft in Bonn die Genehmigung zu der Operation durch Demichow nicht gegeben habe.

## Grußwort Adenauers an die Jüdische Gemeinde

Köln (upi). In einem Grußwort an die jüdische Gemeinde in Köln, deren Gotteshaus am Sonntag eingeweiht wurde, hat Bundeskanzler Adenauer die in vielen deutschen Städten wiedererstehenden jüdischen Gotteshäuser einen sichtbaren Beweis für die Erfolge der Wiedergutmachungspolitik der Bundesregierung genannt.

## Festwochen 1959

DT. Die Berliner können sich nicht darüber beklagen, ihre Stadt zuwenig in den Spalten der Weltpresse genannt zu sehen. Befragte man sie nach ihrer Meinung darüber, würden sie ohne Zweifel es vorziehen, auch bei weniger aufregenden Ereignissen, als leider in den letzten Jahren üblich, die Schlagzeilen zu liefern. Sie haben auch kaum etwas dagegen, wenn — wie jetzt wieder anlässlich der am 20. September beginnenden IX. Festwochen — der Name Berlins nicht nur auf den ersten Seiten der Zeitungen erscheint, sondern auch auf jenen, die dem Schönen und dem Geistigen vorbehalten sind — als Kritik und Bericht über weithin sich auswirkende Theater- und Filmpremierer, über Uraufführungen neuer Musikwerke oder bedeutsame Ausstellungen.

Sicher hat das trotz der einschneidenden und umwälzenden politischen Ereignisse, deren Folgen gerade die Berliner aus erster Hand „genießen“, nicht aufgehört, Wieviel sich aber in knapp 25 Jahren geändert hat, ist nicht zuletzt daran abzulesen, daß auch kulturelle Ereignisse einen politischen Ansatzpunkt haben, daß Politisches und Kulturelles einander nicht nur bedingen, sondern aufeinander angewiesen sind. So sind weder die Internationalen Filmfestspiele Berlin noch die Berliner Festwochen ins Leben gerufen worden, um dem Film, um dem Theater, dem Ballett, der Oper, den darstellenden Künsten eine neue Gelegenheit zu verschaffen, sich in festlicher Form zu manifestieren. An ihrem Beginn stand vielmehr die Notwendigkeit, Berlin im Bewußtsein der breitesten Öffentlichkeit lebendig zu erhalten, immer wieder darauf hinzuweisen, daß hier nicht nur eine Stadt, sondern mit dieser Stadt die Freiheit und mit der Freiheit die Kultur tödlich bedroht waren und bis zur Stunde noch sind.

Das alles darf nicht so verstanden werden, als sei man dabei, die Kunst zu politisieren. Wie das aussehen würde, ist täglich in den Zeitungen der vom Bolschewismus terrorisierten Länder, ist in den Blättern Ostberlins und der Sowjetzone nachzulesen. Vom Reigenlied im

Kindergarten bis zum Oratorium hat dort jede kulturelle oder künstlerische Äußerung dem zu dienen, was ein menschenfeindliches System und seine Nutznießer für ihre Zwecke für nützlich und förderlich halten. Sicher gibt es „drüben“ nicht nur Theater, sondern auch gutes Theater, werden in Polen, in der Tschechoslowakei, in Sowjetrußland Filme inszeniert, die formal von einigem Rang sind. Alles aber steht im Dienst der Propaganda für ein System, gegen das Berlin für die freie Welt an exponierter Stelle kämpft.

Die Berliner Festwochen wie auch die Berliner Filmfestspiele

sind alles andere als eine Propagandaveranstaltung. Sie bemühen sich um alles andere eher, als um eine Knebelung der Freiheit und des Geistes. Sie laden die ganze Welt in ihrer Buntheit und Mannigfaltigkeit zu Gast — als Darbietende und Entgegennehmende. Sie zeigen, daß die Freiheit es ist, die die schönsten Früchte des Geistes zeitigt. Nicht das Genormte, das nach einem Schema Geformte hat in ihnen Platz, sondern die Fülle des Lebens, dem allerdings dort die Grenzen gezogen sein sollten, wo Freiheit mit Schrankenlosigkeit verwechselt wird.

## Kroll wieder nach Moskau

### Der Botschafter erstattete Bericht bei Adenauer

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, der zur Berichterstattung nach Bonn berufen worden war. Anschließend führte Kroll auch im Auswärtigen Amt mehrere Besprechungen. Der Botschafter ist bereits nach nur viertägigem Aufenthalt in Bonn wieder nach Moskau zurückgefliegen.

Die Bundesregierung wünschte von Kroll vor allem Aufschluß auf die Ziele der jüngsten sowjetischen Aktionen, wie der Amerika-Reise Chruschtschows und dem neuen Abrüstungsvorschlag des sowjetischen Regierungschefs. Wie verlautet, empfahl Kroll eine behutsame Pflege der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er verwies dabei vor allem auf die positive Aufnahme des jüngsten Schreibens Dr. Adenauers an Chruschtschow.

### „Utopischer Plan“

Gegenüber der Öffentlichkeit äußert sich die Bundesregierung bisher über den Abrüstungsvorschlag Chruschtschows mit aller gebührenden Höflichkeit und Zurückhaltung. Man will sich nicht wieder dem Verdacht aussetzen, von vornherein gegen jeden sowjetischen Vorschlag zu sein. Im stillen haben sich die Fachleute der Ministerien aber längst ihr Urteil gebildet. Diejenigen, die den Vorschlag Chruschtschows, innerhalb von vier Jahren alle Armeen und Kriegsministerien aufzulösen, als einen schönen Wahn bezeichnen, sind noch äußerst vorsichtig. Andere gehen in ihrem Urteil viel weiter. Sie sehen in der Vorlage eines derart utopischen Plans ein deut-

liches Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion aussichtsreichen Abrüstungsverhandlungen ausweisen will. Insofern hat die Rede Chruschtschows vor den Vereinten Nationen eine unerwartete Wirkung. Bisher hatte man im allgemeinen angenommen, die Sowjetunion sei an der Abrüstung ehrlich interessiert. Jetzt glaubt man, diese Ansicht berichtigen zu müssen. Daß ein Staatsmann, der hinsichtlich der Abrüstung weiterkommen will, einen solchen Vorschlag macht, erscheint jedenfalls den Experten recht unwahrscheinlich.

### Zusage aus Kairo

Bonn (dpa/ap). Die Bundesregierung hat von der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) die feste Zusage erhalten, daß sie die Sowjetzone auch weiterhin nicht anerkennen wird. Dies teilte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes nach den Besprechungen zwischen dem deutschen Botschafter in Kairo, Dr. Weber, und Staatssekretär van Scherpenberg mit. Mit dieser Zusage, so betont man im Auswärtigen Amt, seien die Unklarheiten beseitigt und die Beziehungen zur VAR wieder auf dem „normalen Punkt“.

# Sportlerinnen ohne Ideen?

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

## R. Berlin (Eigenbericht)

Die Landung der sowjetischen Mondrakete war für die SED ein neuer Anlaß, die Forderungen nach höheren Arbeitsleistungen zu verstärken. Dabei muß sie aber auf der anderen Seite schon zugeben, daß der weltfremde Dogmatismus der Funktionäre die Isolierung der Partei immer weiter treibt,

## POTSDAM

Schülerzeichnungen zeigt das „Pädagogische Bezirkskabinett“ im Chinesischen Teehäuschen des Parkes von Sanssouci. Dazu schreibt die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“: „Von einer beachtlichen künstlerischen Begabung und starken politischen Aussagen zeugen die Plakate ‚Freiheit für Algerien‘ und ‚Kampf dem Atomtod‘ sowie der Linienschnitt ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!‘.“

**Perspektive der Kinder.** Erziehung zur sozialistischen Moral verlangt die SED-Bezirksleitung von den Lehrern. Die Funktionäre bemängeln, daß die Abteilung Volksbildung beim Rat des Bezirks zu wenig kämpferisch und zu geruchsam sei und erklärt: „Wir haben die Aufgabe, den Sieg des Sozialismus zu vollenden, denn der Sieg des Kommunismus kündigt sich schon machtvoll an.“ Die Kinder, die heute zur Schule gehen, würden bald „unter sozialistischen gesellschaftlich-moralischen Bedingungen arbeiten und nach dem Kommunismus streben“.

## CHEMNITZ

**Beharrlichkeit bei der Kollektivierung der Landwirtschaft** forderte der SED-Bezirkssekretär Fehling. Er bemängelte, daß in 147 Gemeinden des Bezirkes noch keine LPG bestehen. Er vertrat die Ansicht, in erster Linie seien es politische Unklarheiten, die die Einzelbauern „noch unentschlossen stimmten“. Fehling forderte eine verstärkte politische Einwirkung auf die Bauern mit der Begründung: „Vielfach versteht man auch noch nicht den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Frieden und Sozialismus.“

**Planerfüllung im Lichtspielwesen** wollen die Mitarbeiter des Lichtspielwesens und Filmverleihs im September erreichen. Sie verpflichteten sich „Zur Verwirklichung der täglichen Plan-aufschlüsselung und Kontrolle nach der Methode Mamai“, zur Bildung „Sozialistischer Landfilmbrigaden und Sozialistischer Theaterkollektive“ und zum Kampf „um die höchsten Einspielerlöse beim Einsatz sozialistischer Filme im Jahre 1959“.

## ROSTOCK

**Die sportliche Idee.** Der Bezirksvorstand des Turn- und Sportbundes beschloß, in den Mittelpunkt seiner künftigen Arbeit die Frage zu stellen: „Welche Ideen geben wir den Sportlerinnen und Sportlern, um eine breite patriotische Bewegung zu entwickeln im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus? Jeder Sportler muß sich bewußt werden, daß es nicht darum geht, Sport als Selbstzweck zu betreiben, sondern er muß offen für unseren Arbeiter- und Bauernstaat Partei ergreifen und durch Leistungen bereit sein, ihn zu stärken.“

**Langweilige FDJ.** In einem Bericht über die bisherige Arbeit der FDJ wird zugegeben,

„daß es noch eine Reihe von Mängeln in unserer Arbeit gibt. Es ist uns bisher nicht gelungen, in den Wohngruppen der Stadt vielseitig und interessant zu arbeiten, um unseren ärgsten Feind, die Langeweile, zu vertreiben.“

## LEIPZIG

**Eifersucht der Funktionäre.** Über Streitereien unter den Funktionären berichtete ein Arbeiter des Werkes „Leuchtenbau“ in der „Leipziger Volkszeitung“. Er wollte ein defektes Zahnrad, das eine Maschine lahmlegte, reparieren lassen. „Von einem Freund ließ er es zweimal in Böhlen schweißen, und dann behielt es der Technologe Elders zur Strafe noch einige Tage zurück, weil er übergangen worden war.“ Auch in der Baumwollspinnerei, so schreibt die SED-Zeitung weiter, habe sich gezeigt, „daß die mangelhafte Arbeit mit den Menschen das Vertrauen der Belegschaft in die Funktionäre im Verlaufe der Jahre stark erschütterte. Streichen der Schichtprämien, Verlegung der Badezeit mitten in die Arbeit der Spätschicht und andere Momente trugen ihr übriges dazu bei, daß die bei den Kollegen zweifellos vorhandene Initiative gebremst wurde“.

# Ostberlin gibt Abhöranlage zu

West-Techniker sollen beim Bischof gearbeitet haben

**Berlin (Eigenmeldung/upi/ap).** Erst zehn Tage nach der vorübergehenden Festnahme des Berliner Weihbischofs Dr. Bengsch im Zusammenhang mit der von ihm in seiner Wohnung in Weißensee entdeckten telefonischen Abhöranlage nahm die Ostberliner Presse zu dem Zwischenfall Stellung. In den Berichten wird das Vorhandensein der Anlage zugegeben, ihr Einbau jedoch westlichen Geheimdiensten zur Last gelegt. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse, so wird behauptet, weisen darauf hin, daß die Anlage „zum Zwecke der Kontrolle der Gespräche des Bischofs, die er

mit Stellen der DDR führt, errichtet worden sei“.

Dem von dem Bischof hinzugezogenen Techniker wird unterstellt, er stehe als Angestellter der Westberliner Post in Verbindung mit einem „Residenten des westzonalen Geheimdienstes“. Er habe sich in der Bischofswohnung „unberechtigt“ an der Telefonanlage der Deutschen Post der Sowjetzone zu schaffen gemacht, in der die Abhöranlage eingebaut gewesen sei. Die vorgefundenen Geräte trügen die Bezeichnungen „Siemens und Halske“ beziehungsweise „Made in USA“.

## Jugend und Wiedervereinigung

### Kuratorium Unteilbares Deutschland wird in Berlin tagen

Berlin (Eigenbericht). Unter das Thema „Die Jugend und die Wiedervereinigung“ hat das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ seinen 5. Kongreß gestellt, der vom 26. bis 28. November in Berlin tagt. Über die politische Lage werden Außenminister von Brentano und der SPD-Vorsitzende Ollenhauer sprechen. Als weitere Redner bzw. Leiter von Arbeitskreisen sind u. a. Bundesminister Lemmer, der Regierende Bürgermeister Brandt, Professor Friedensburg und der SPD-Bundestagsabgeordnete Erler vorgesehen.

In einer Pressekonferenz äußerte sich der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Schütz, sehr befriedigt über die große Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung für die Idee „Macht das Tor auf“. Diese Bereitschaft bekunde sich nicht in Deklamationen, sondern in einer verstärkten Mitarbeit. Dr. Schütz, der bei seinem Berliner Aufenthalt auch dem er-

krannten ehemaligen Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in Dahlem einen Besuch abgestattet hatte, betonte die überparteiliche Arbeit des Kuratoriums, die alle Teile der Bevölkerung anspreche. Als wichtig bezeichnete er die Mitarbeit der Gewerkschaften, die auf dem letzten Bundeskongreß in Stuttgart eine so eindeutige Haltung in der gesamtdeutschen Frage an den Tag gelegt hätten. Den gesamtdeutschen Gedanken gelte es besonders in der Jugend zu verankern.

Der Politische Ausschuß des Kuratoriums hatte zuvor in einer Erklärung den zehnten Jahrestag der Sowjetzonen-Republik als einen Trauertag für die gesamte deutsche Bevölkerung bezeichnet. Das deutsche Volk werde sich niemals mit seiner staatlichen Teilung abfinden. Jeder Versuch, das Volk ebenso zu zerreißen wie den Staat, werde am deutschen Einheitswillen scheitern.

den Gast, ob sowjetische Arbeiter streiken könnten. Chruschtschow bejahte diese Frage und fügte nach der Darstellung Reuthers hinzu: „Es hat in jüngster Zeit in der Sowjetunion keine Streiks gegeben, weil keine Notwendigkeit dafür bestand.“

Als „dumm und einfältig“ habe Chruschtschow die Frage des Vorsitzenden der Textilarbeiter-Gewerkschaft, Rieve, abgetan, ob entsprechend dem skandinavischen Vorbild staats-eigene Betriebe ohne Diktatur möglich seien. Zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker habe der Ministerpräsident versichert, daß alle Völker im Ostblock das Recht hätten, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Bei der Gegenfrage, wie sich diese Auffassung mit der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage vereinbare, habe sich Chruschtschow auf den Standpunkt gestellt, daß die Bevölkerung der Sowjetzone ihre Entscheidungen aus eigener Initiative treffe und die Sowjetunion nicht dreinrede. Den ungarischen Volksaufstand habe Chruschtschow mit der kurzen Bemerkung abgefertigt, daß nur „Strolche und Saboteure“ daran teilgenommen hätten.

## Drohung mit vorzeitiger Abreise

Fortsetzung von S. 1

juviales Lächeln verschleiert werden.

Zuvor hatte der Präsident des Gewerkschaftsverbandes, Meany, erklärt, die amerikanischen Gewerkschaften billigten Verhandlungen mit der Sowjetunion auf jeder Ebene; Lächeln und Händeschütteln dürften von den Amerikanern jedoch nicht als Ersatz für echte Verhandlungen hingenommen werden. Die ungarische Exilpolitikerin Anna Kethly, die der Revolutionsregierung Imre Nagys angehört hatte, hielt vor dem Kongreß ebenfalls eine Ansprache.

### Mit den Fäusten getrommelt

Der Präsident der mächtigen Automobilarbeiter Gewerkschaft, Walter Reuther, berichtete der Presse später von der Begegnung, die sich über drei Stunden und 20 Minuten hinzog, daß die Atmosphäre zeitweilig so gespannt gewesen sei, daß man einen Abbruch der Diskussion befürchten mußte. Eingedenk

der Worte Präsident Eisenhower, den sowjetischen Gast höflich zu behandeln, habe man schließlich darauf verzichtet, Chruschtschow eine Liste mit den Namen von 359 ungarischen Gewerkschaftsführern vorzulegen, die sich noch in Haft befinden.

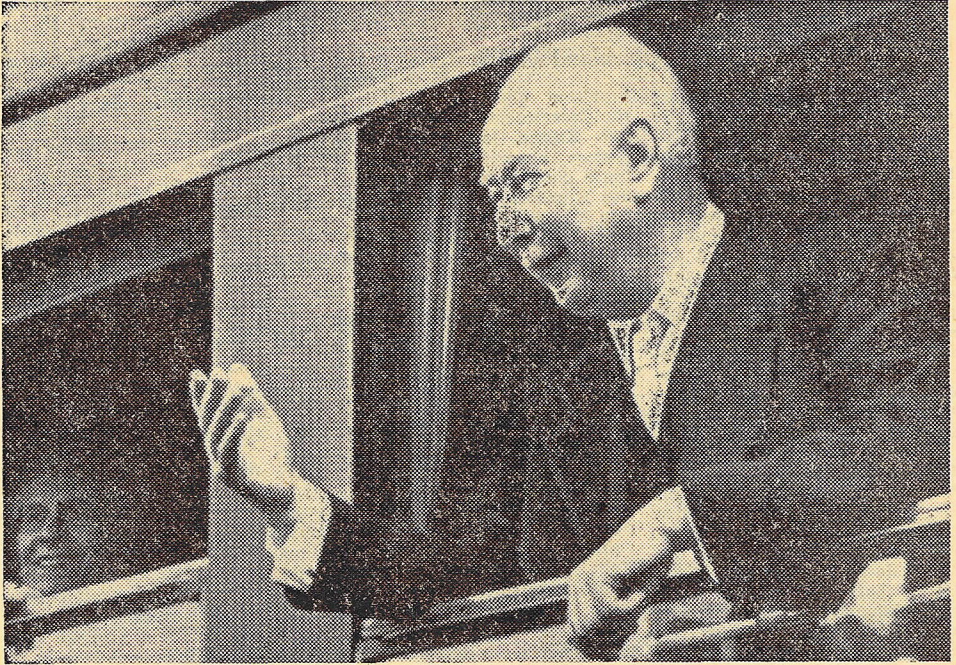
Nach den Worten Reuthers war der sowjetische Gesprächspartner durchaus zugänglich und freundlich, solange sich das Gespräch um allgemeine Fragen drehte. Doch sei es unmöglich gewesen, in Einzelheiten zu gehen. Bei einigen Fragen habe der sowjetische Ministerpräsident mit den Fäusten wütend auf die Tischplatte getrommelt, bei anderen Fragen einfach die Antwort verweigert. Die Gewerkschaftsführer hätten sich sagen lassen müssen, daß sie „Lakaien und Marionetten der Kapitalisten“ seien.

### „Dürfen sie streiken?“

Der Präsident der Seelente-Gewerkschaft, Curran, fragte

### Ulbricht tritt kurz

Berlin (Eigenbericht). Zur Berlin-Frage hat sich der erste SED-Sekretär Walter Ulbricht auf der 6. Tagung des SED-Zentralkomitees diesmal zurückhaltender als bisher geäußert. Ulbricht erklärte, wie „Neues Deutschland“ berichtet, man verstehe „sehr gut“, daß die Frage Westberlins nicht auf einmal gelöst werden könne. Die SED würde es „begrüßen“, wenn sich Chruschtschow und Eisenhower über eine „provisorische Lösung betreffend Westberlin“ verständigen würden. Die Lage in Westberlin sei durch die Nachkriegsereignisse kompliziert worden, so daß nur eine „allmähliche Lösung“ möglich sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich Ulbricht scharf gegen eine Angliederung Westberlins an die Bundesrepublik und behauptete, die Stadt liege „auf dem Boden der DDR“.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Zum letzten Mal winkte Theodor Heuss den Bonnern zu, ehe ihn der Sonderzug in seine schwäbische Heimat brachte. — Unten: Der neue DGB-Vorstand. In der Mitte Vorsitzender Richter, links sein Stellvertreter Rosenberg, rechts Bernhard Tacke, der den christlich-sozialen Flügel vertritt.

